



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
claudia.kirmeyer@lra-  
ed.de

Erding, 03.11.2014  
Az.:

### **25. Sitzung des Kreistages am 24.02.2014**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Attenhauser, Peter  
Baumgartner, Gabriele  
Bauschmid, Friedrich  
Becker, Manfred  
Bendl, Roswitha  
Biller, Josef  
Bitzer, Valentin  
Dieckmann, Ulla  
Eichinger, Gertrud  
Els, Georg  
Empl, Korbinian  
Fischer, Siegfried  
Glaubitz, Stephan  
Gotz, Maximilian  
Gruber, Michael  
Grundner, Heinz  
Hagl, Monika  
Haindl, Sebastian  
Hartl, Anni  
Heilmeier, Georg  
Hofstetter, Franz Josef



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Huber, Martin

Jobst, Karl Heinz

Kellermann, Otto

Kruppa, Pamela

Kubo, Reinhard Dr.

Kuhn, Günther

Dr. Lehmer, Maximilian

Mayr, Elisabeth

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Mittermaier, Georg

Oberhofer, Michael

Parthier, Nadja

Patschky, Jürgen

Peis, Johann

Scharf, Ulrike

Schlehuber, Anton

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

Schwimmer, Jakob

Seeger, Hannelore

Sievers, Nicole

Slawny, Manfred

Steinberger, Friedrich

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Trinkberger, Helmut

Utz, Peter

Vogelfänger, Cornelia

Vogl, Willi

Ways, Rudolf

Wegmaier, Alexander

Wiesmaier, Hans

Dr. Zehetmair, Johann

**sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin Landrat

**von der Verwaltung:**

Fuchs-Weber Karin

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Klinikum Landkreis Erding  
Fehlbetragsausgleich 2014  
Vorlage: 2014/1486/1
2. Bekämpfung extremistischer Aktivitäten  
Vorlage: 2013/1441/1
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1. Anfrage von Kreisrat Schmidt zu Planungstand Nordumfahrung
  - 3.2. Anfrage von Kreisrat Schmidt zur Wohnungsbaugesellschaft



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 24.02.2014

### 1. **Klinikum Landkreis Erding** **Fehlbetragsausgleich 2014** **Vorlage: 2014/1486/1**

**Der Vorsitzende** verweist auf den versandten Vorlagebericht und bittet Herrn Helfer um nähere Informationen.

**Herr Helfer** informiert, dass das Klinikum Landkreis Erding mit Schreiben vom 28.01.2014 den Antrag gestellt hat, den für 2014 kalkulierten Fehlbetrag zu übernehmen. Im Wirtschaftsplan ist dieser mit 1,579 Mio. € angegeben. Nach den Vorgaben des Betrauungsaktes entscheidet der Kreistag über den Fehlbetragsausgleich. Der Kreisausschuss hat am 17.02.2014 einstimmig beschlossen, den Empfehlungsbeschluss zum Fehlbetragsausgleich durchzuführen.

**Kreisrat Els** fragt, ob es sich dabei um den im Haushalt verankerten Betrag handelt.

**Herr Helfer** sagt, dass im Haushalt 1,580 Mio.€ eingestellt waren. Der Betrag ist also etwas geringer.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende** verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0137-14

1. Zum Ausgleich des für das Jahr 2014 kalkulierten Defizits wird dem Klinikum Landkreis Erding ein Fehlbetragsausgleich in Höhe von 1.579.037 € gewährt.
2. Der Fehlbetragsausgleich erfolgt anhand der Maßgaben des vom Kreistag am 12.03.2012 erlassenen öffentlichen Betrauungsaktes.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 53 : 0 Stimmen**

### 2. **Extremismus** **Bekämpfung extremistischer Aktivitäten** **Vorlage: 2013/1441/1**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass in diesem Bereich die Zuständigkeit des Kreistages diskutiert werden kann. Es ist aber davon auszugehen, dass es sich um eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft handelt. Er bittet Herrn Fischer um nähere Erläuterungen.

**Herr Fischer** ergänzt, dass sich der Landkreis Erding im Hinblick auf die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten eindeutig positionieren sollte. Der Sachverhalt wurde bereits im Kreisausschuss vorberaten. Als kommunale Gebietskörperschaft gilt es, Anhaltspunkte zu finden, sich gegen extremistische Aktivitäten zu stellen. Es wird versucht, aufklärerisch tätig zu wer-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

den. Denjenigen, die Ladenlokale, Grundstücke und ähnliches zur Verfügung stellen, sollen Handlungsalternativen an die Hand gegeben werden. Die Gemeinden und der Landkreis können von sich aus sehr wenig tun. Im rechten Sektor besteht kein Parteienverbot. Die Parteien können also immer das Parteienprivileg geltend machen und sich auf den Gleichheitssatz berufen. Wenn eine Gemeinde allgemein Parteien ihren Rathaussaal oder die Stadthalle zur Verfügung stellt, muss dies auch für rechtsextremistische Parteien gelten. Für die Vorbereitung des Sachverhalts hat sich die Verwaltung an den Vorgaben der Landeshauptstadt München orientiert. Es werden einige Formulierungsvorschläge gegeben, damit die Betroffenen entsprechend reagieren können. Es sollen auch die Vermieter sensibilisiert werden, wenn extremistische Parteien Räumlichkeiten anmieten wollen. Es soll zukünftig an die Gaststättenbetreiber und Vereine herangetreten werden, damit die Möglichkeiten im Landkreis Erding ausgeschöpft werden.

**Kreisrätin Eichinger** merkt an, dass die Gemeinden oft über ein Mitteilungsblatt verfügen. Dort sind oft Anzeigen geschaltet. Sie fragt, ob es hier Möglichkeiten gibt, extremen Parteien einen Riegel vorzuschieben.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Mitteilungsblätter der jeweiligen Gemeinden durch die gemeindlichen Vorgaben geregelt werden. Der Landkreis kann deshalb in diesem Bereich keine Vorgaben machen. Es wird aber sicherlich schwierig, im Sinne des Parteienprivilegs nur manchen Parteien eine Veröffentlichung zu genehmigen. Die Juristen im Landratsamt können gerne entsprechende Auskünfte geben.

**Kreisrätin Dieckmann** hält das Ansinnen für gut und unterstützenswert. Sie verweist auf das bereits bestehende Bündnis „Bunt statt braun“. Auch von dort wurde bereits eine Initiative mit Anschreiben an die Gaststätten gestartet. Der Aktion wird sicherlich noch mehr Nachdruck verliehen, wenn sie rechtlich unterstützt vom Landratsamt kommt. Es wäre schade, wenn sich jetzt noch ein weiteres Bündnis formieren würde. Das vorhandene Bündnis arbeitet gut zusammen. Es macht Sinn, die beiden Initiativen miteinander in Verbindung zu bringen. Das Bündnis „Bunt statt braun“ organisiert zahlreiche Schulveranstaltungen. Dort sind auch die Arbeitskreise „Schule ohne Rassismus“ eingebunden. Es wäre auch schön, hier gemeinsam mit den Bürgermeistern zusammen zu kommen

**Der Vorsitzende** sagt, dass überprüft werden muss, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Bunt statt braun“ praktiziert werden kann. In erster Linie geht es um die Öffentlichkeitswirksamkeit. Auch Vermieter von Privatobjekten sollen dafür sensibilisiert werden, die Handreichungen entsprechend einzubauen.

**Kreisrat Schmidt** betont, dass die SPD-Fraktion die Initiative sehr begrüßt. Es geht nicht nur um die rechtsextremen Parteien sondern auch um das rechtsextreme und extremistische Gedankengut. In diesem Bereich gibt es vielfältige Organisationen. In der letzten Zeit sind diese Kräfte erfreulicherweise im Landkreis nicht so sehr wahrnehmbar, können sich aber jederzeit wieder bemerkbar machen. Es soll präventiv darauf hingewiesen werden, dass beim Vermieten von Räumlichkeiten Handreichungen zur Verfügung stehen. Die vorhandenen Informationen sollen weiter-



verteilt werden. Eine Zusammenarbeit mit den bestehenden Bündnissen in Dörfern und Erding ist sicher sinnvoll. Die Kräfte sollen gebündelt werden um gute Prävention zu betreiben, damit sich das extremistische Gedankengut nicht weiter verbreiten kann. Es kann nicht sein, dass sich im Landkreis Erding Rassismus und Hass gegen Minderheiten breit machen. Es gilt, rechtzeitig vorzubeugen.

**Kreisrat Huber** schließt sich den Beiträgen seiner Vorredner an. Er betont, dass sich das Bündnis gegen jegliche Form von Extremismus wenden soll. Bisher ist es im Landkreis Erding noch nicht so weit gekommen. Es stellt sich die Frage, ob momentan ein konkreter Bedarf im Landkreis Erding vorhanden ist oder ob es sich nur um eine vorbeugende Maßnahme handelt.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, dass der Landkreis Erding nicht darauf warten sollte, bis die nächste Aktion stattfindet. Eigentümer von Immobilien sollen dafür sensibilisiert werden, dass beispielsweise in einem Mietvertrag entsprechende Klauseln aufgenommen werden können. Die Maßnahme ist eher präventiv zu sehen.

**Kreisrat Fischer** weist darauf hin, dass in Lengdorf ein CSU-Vertreter auf einer öffentlichen Veranstaltung das Wahlprogramm der Freien Wähler verbrannt hat. Das war nach seinem Erachten ein falsches Signal. Er bittet allgemein um mehr Respekt.

**Kreisrat Sterr** begrüßt den Beschlussvorschlag. Er hat bereits einige Erfahrungen mit extremistischen Gruppierungen machen müssen. Es ist gut, dass der Kreistag einen entsprechenden Beschluss fasst. Das Bündnis umfasst Extremismus jeglicher Art. In Dörfern und Erding gibt es bereits Bündnisse mit parteiübergreifender Besetzung. Es ist gut, dass es diese gibt.

**Kreisrat Els** verweist auf die im Vorlagebericht genannten Sportvereine und privaten Gaststätten. Er fragt, in welchem Rahmen die Zusammenarbeit mit den Vereinen vorstellbar ist.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass nicht mehr als Aufklärungsarbeit geleistet werden kann.

**Kreisrat Glaubitz** schlägt vor, das Schulamt und die Direktoren der Schulen mit verschiedenen Aktionen zusätzlich zu sensibilisieren. Er berichtet, dass in Anzing Demonstrationen gegen ein Asylbewerberheim begonnen haben. Die Asylbewerberthematik könnte im kommenden Jahr auch im Landkreis Erding präsenter werden.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass der Landkreis an den Schulen nur insoweit Zuständigkeit hat, als dass er Gebäudeeigentümer ist. Das Hausrecht und die Zuständigkeit liegt in diesem Bereich eindeutig beim Freistaat Bayern. Auf den staatlichen Bildungsauftrag kann der Landkreis Erding keinen Einfluss geltend machen. Es besteht selbstverständlich die Gefahr, dass immer wieder Demonstrationen stattfinden. Der Landkreis kann hier nicht eingreifen, solange sich alles in einem demokratischen Rahmen bewegt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Schmidt** merkt an, dass der jetzt zu fassende Beschluss sicher auch ein Aufruf an die Schulen ist. Dort wird aber bereits einiges getan. Der Kreistag kann sicherlich die Schulen dazu ermuntern, sich weiterhin mit der Thematik auseinanderzusetzen.

**Der Vorsitzende** betont, dass die Schulen bereits sehr aktiv sind. Durch eine öffentlichkeitswirksame Beschlussfassung werden sie vielleicht noch mehr bestärkt.

**Kreisrätin Dieckmann** weist in diesem Zusammenhang auf die Veranstaltung des Bündnisses „Bunt statt Braun“ im Sonic Erding hin, die sich mit dem Thema Asylmissbrauch befasst.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende** verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0138-14

1. Der Landkreis Erding spricht sich gegen jegliche Art von Extremismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten aus.
2. Zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten wird der Landrat beauftragt,
  - a. mit den Gemeinden und den Bürgern des Landkreises ein Bündnis gegen extremistische Aktivitäten, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten zu schließen,
  - b. der Landkreiskommunität einschlägige Informationen zu deren Bekämpfung zur Verfügung zu stellen und
  - c. die diesbezüglichen Maßnahmen und Aktivitäten mit einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen**

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **3.1. Anfrage von Kreisrat Schmidt zu Planungsstand Nordumfahrung**

**Kreisrat Schmidt** bittet um den aktuellen Sachstand zur Nordumfahrung.

**Der Vorsitzende** berichtet, dass mit dem neuesten Verfahrensstand um die Zeit von Juni bis Juli zu rechnen ist. Es besteht eine Beschlusslage mit 37 zu 17 Stimmen vom März 2012. Damals wurde die staatliche Bauverwaltung damit beauftragt, die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren zu erarbeiten und einzureichen. Das Staatliche Bauamt geht davon aus, dass die Unterlagen bis zur Jahresmitte fertig gestellt sein werden. Die Informationen sollen im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung an die Bürger weitergegeben werden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.





### 3.2. Anfrage von Kreisrat Schmidt zur Wohnungsbaugesellschaft

**Kreisrat Schmidt** erkundigt sich nach den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Wohnungsbaugesellschaft.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass demnächst ein Projekt umgesetzt wird. Über ein zweites Gespräch werden momentan noch Gespräche geführt. Es geht dabei um mögliche bebaubare Grundstücke, die dann in Planung genommen werden.

Büro des Landrats  
BL

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages um 16:20 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Claudia Kirmeyer  
Verwaltungsangestellte